Terrorismus

Irre gefährlich

Ein Täter, der aus rassistischen Motiven und offenbar psychisch verwirrt neun Menschen, seine Mutter und sich selbst tötet. Eine Gruppe, die Waffen hortet und im Netz den Bürgerkrieg plant. Die rechtsextreme Gefahr ist in der Bundesrepublik größer denn je. Der Staat hat keine ausreichende Antwort darauf.

Von **Laura Backes**, **Matthias Bartsch**, **Maik Baumgärtner**, **Felix Bohr**, **Anna Clauß**, **Jörg Diehl**, **Katrin Elger**, Ullrich Fichtner, **Jan Friedmann**, **Marie Groß**, **Hubert Gude**, **Dietmar Hipp**, **Roman Höfner**, **Julia Jüttner**, **Martin Knobbe**, **Roman Lehberger**, **Michael Liedtke**, **Cordula Meyer**, **Ann-Katrin Müller**, **Christopher Piltz**, **Sven Röbel**, **Marcel Rosenbach**, **Lydia Rosenfelder**, **Fidelius Schmid**, **Wolf Wiedmann-Schmidt**, **Lukas Stern** und **Jean-Pierre Ziegler**

21.02.2020, 13.00 Uhr • aus **DER SPIEGEL 9/2020**

Foto: MICHAEL PROBST / AP

Da ist Mercedes K., 35 Jahre alt, Verkäuferin. Seit Jahren lebt sie mit ihren Eltern und zehn Geschwistern in Hanau-

Kesselstadt, einem Stadtteil, in dem Menschen vieler Nationen zusammenleben. Bislang habe es nie Ärger gegeben, erzählen Angehörige der Roma-Familie, bislang sei doch alles so friedlich gewesen.

Am Mittwochabend sitzt Mercedes K. am Kurt-Schumacher-Platz im Kiosk neben der Arena Bar und isst einen Salat. Kurz nach 22 Uhr stürmt ein Mann in den Kiosk, es fallen Schüsse, Mercedes K. ist sofort tot.

Eines von zehn Opfern an diesem Abend, eines von zehn Opfern einer Tat, die eine alte Frage an diesem Tag wieder neu stellt: Warum ist das Land immer wieder so wehrlos gegen die tödliche Gewalt von rechts?

Mercedes K. ist eines der letzten Opfer von Tobias Rathjen, 43, einem studierten Betriebswirt und ausgebildeten Bankkaufmann. Erst erschießt er am Hanauer Heumarkt vier Menschen und verletzt mehrere, in der Shisha-Bar Midnight und dem Nachtcafé La Votre.

Dann steigt er in seinen Wagen und fährt in die Hanauer Kesselstadt, wo er fünf weitere Menschen tötet.

Alle Opfer haben einen Migrationshintergrund.

Rathjen fährt nach Hause, nach bisherigem Ermittlungsstand tötet er seine bettlägerige Mutter und erschießt sich selbst.

Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der Anschlagsversuch auf die Synagoge in Halle und jetzt das Massaker von Hanau: Die tödlichen Taten, die rechtsextremistisch motiviert sind, häufen sich. In der Frequenz, in ihrer Intensität und der Grausamkeit. Walter Lübcke war der erste Politiker, der nach dem Krieg einem rechtsterroristischen Attentat zum Opfer fiel. Nun bedeuten die Toten von Hanau einen weiteren traurigen Rekord: Seit sehr langer Zeit hat in der Bundesrepublik kein rassistisch motivierter Einzeltäter so viele Menschen getötet. Folgt dem linken Terror des Deutschen Herbstes 1977 nun ein rechtsextremer deutscher Winter 2020?

Vom Gift des Rassismus sprach die Bundeskanzlerin am Donnerstag, vom Gift des Hasses. Über ein wirksames Gegengift allerdings verlor Angela Merkel kaum ein Wort. Die Wahrheit ist ja auch: Selbst wenn sich viele Politiker einig sind, dass »Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus aktuell die größte Bedrohung für unsere Demokratie sind«, wie Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) dem SPIEGEL sagt, auch wenn Innenminister Horst Seehofer (CSU) am Donnerstagabend in einer Schalte mit den Innenministern der Länder vor einer »erhöhten Gefahr« durch Rechtsextremisten warnt, auch wenn die Sicherheitsbehörden in den vergangenen Monaten die Abteilungen für Rechtsextremismus massiv aufgestockt und ihre Methoden verbessert haben: Nach wie vor wurde auf die vielschichtige Gefahr von rechts noch keine schlüssige Antwort gefunden.

Es gibt Täter wie Stephan Balliet aus Halle oder mutmaßlich Tobias Rathjen aus Hanau, die als sogenannte einsame Wölfe ihren tödlichen Plan aushecken, ohne ein Netzwerk Verbündeter. Die sich aus Verschwörungstheorien und rechten Parolen ihre Gedankenwelt zusammenbauen und irgendwann glauben, handeln zu müssen, da es kein anderer tue.

Da gibt es aber auch Gruppen wie die »Revolution Chemnitz« (zum Artikel) oder die »Gruppe S.«, von deren mutmaßlichen Mitgliedern und Helfern seit vergangener Woche zwölf in Untersuchungshaft sitzen, weil sie Waffen gehortet, einen Bürgerkrieg herbeigesehnt haben und angeblich Muslime töten wollten. Sie tauschen sich im Netz aus, schaukeln sich in ihrem Hass auf alles Fremde hoch und bereiten sich gemeinsam auf den Tag X vor, an dem es in der Bundesrepublik einen Umsturz geben soll. Auch in ihren Schilderungen scheinen Wahn und Wirklichkeit oft nah beieinanderzuliegen.

Die Terrorattacken dieser Zeit werden also von Tätern ausgeführt, in deren Innenleben sich Politik und psychische Auffälligkeit gefährlich vermischen. Für die Opfer und ihre Angehörigen ist das ohne Belang, für die gesellschaftliche Debatte aber wichtig: Sind Wahnsinnige am Werk, deren Taten durch ein politisches Umfeld erst ausgelöst werden? Gibt ein bestimmter gesellschaftlicher Diskurs den Tätern erst die Idee, gegen wen sich ihre tödliche Wut richten soll? Dann wären alle Beteiligten an der öffentlichen Debatte, vor allem Politiker und Medien, in der Pflicht, auf ihren Tonfall zu achten. Dann müssten jene zur Verantwortung gezogen werden, die den Diskurs mit Hass durchdringen.

Oder sind es Ideologen, die zur Waffe greifen, deren Wahn darin besteht, die eigenen menschenverachtenden Überzeugungen auch noch für respektables Rebellentum zu halten? Gegen sie helfen ein professioneller Sicherheitsapparat, konsequente Strafverfolgung sowie ein wachsames Umfeld, das bemerkt, wenn der Hass außer Kontrolle gerät.

Im Deutschen Herbst 1977 stürzte der RAF-Terror den Staat in eine seiner schwersten Krisen. Im deutschen Winter 2020 muss sich das ganze Land eingestehen, dass es den Nährboden rechter Gewalt bislang nicht auszutrocknen vermag. Und die jüngsten Taten haben klargemacht: Um das Phänomen des rechten Terrors in den Griff zu bekommen, reicht es nicht aus, dass die Sicherheitsbehörden mehr Personal oder per Gesetz neue Befugnisse bekommen. Was fehlt, ist eine übergeordnete Idee, ein Masterplan zur Bekämpfung rechten Hasses, ein gesamtgesellschaftlicher Wille, das Problem an seiner Wurzel anzugehen.

In der Blutspur des rechten Terrors ist ein Muster zu erkennen. Viele der Täter wähnen sich als Vollstrecker eines kollektiven Willens, als Verteidiger eines durch Multikulti

verwässerten Abendlands, das von einem gezielten »Bevölkerungsaustausch« bedroht sei.

Neu daran ist, dass das zugehörige Gedankengut nicht mehr, wie die längste Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und bis noch vor wenigen Jahren, ein Tabu der Gesellschaft ist. Heute tragen Pegida und die AfD ihre Parolen auf jeden Marktplatz und in den letzten Winkel des Internets. Sie sind nicht selten gespickt mit Wortschöpfungen, die sich in Bekennerschreiben und Pamphleten rassistischer Täter wiederfinden. Worte wie »Umvolkung« haben in diesem Milieu ikonenhaften Status erlangt, es sind Worte, die die tödlichen Taten befördern.

Gefährlich an dieser Situation ist, dass auch Menschen zu Tätern werden, die keine erkennbare Vorgeschichte in der rechtsextremen Szene haben. Die nach außen vielleicht als schwierige Persönlichkeiten gelten, deren tödliche Gedankenwelt aber höchstens im Netz zu finden ist. Und bei denen Wahn und Ideologie, Verschwörungsdenken und Rassenhass kaum noch zu unterscheiden sind. Es ist deshalb schwer zu sagen, ob Tobias Rathjen irre gefährlich oder gefährlich irre war.

Über Jahre hinweg deutete sein Leben auf eine bürgerliche Karriere hin. Er machte sein Abitur, war aber wohl schon im Gymnasium eine auffällige Persönlichkeit. »Einer der durchgeschossensten Leute des Jahrgangs«, heißt es in der Abiturzeitung. »Macht auf obercool und Karriere. Schwallt oft ohne Inhalt und Ziel. Schwankt zwischen lieb und hyperaggressiv.«

Nach dem Zivildienst schloss Rathjen 2007 innerhalb von sieben Jahren ein Studium der Betriebswirtschaft in Bayreuth ab. In seinem Pamphlet, das er vor der Tat veröffentlicht hat, zeigt er sich im Nachhinein über die »Realität an der Universität« enttäuscht. Um die Frage, was Unternehmen erfolgreich mache, sei man nur »herumgetanzt«.

Tobias Rathjen wohnte mit seinem Vater und seiner Mutter in einem Reihenhaus mit einem langen, schmalen Garten im

Hanauer Stadtteil Kesselstadt. Im westlichen Teil dort gibt es eine Stadtrandsiedlung aus den Sechziger- und Siebzigerjahren mit mehrgeschossigen Wohnblöcken. Ein evangelisches Gemeindezentrum gibt es dort, eine Schule, einen Kindergarten, dazwischen flache Reihenhausriegel mit Garagen. Von hier aus sind es nur wenige Hundert Meter bis zum zweiten Tatort, dem Kiosk neben der Arena Bar am Kurt-Schumacher-Platz.

Rathjens 72-jährige Mutter sei bettlägerig und pflegebedürftig gewesen, sagen Nachbarn, mehrfach täglich sei ein Pflegedienst vorbeigekommen. Der Vater galt in der Nachbarschaft als schwierig. Er sei oft mürrisch gewesen, insbesondere gegenüber neu Zugezogenen. Er habe sich beklagt, wenn jemand in der Nähe seines Hauses eingezogen sei, den er für einen Ausländer gehalten habe.

2011 kandidierte der Vater einmal auf der Liste der Grünen für den Ortsbeirat Kesselstadt, damals habe er sich für den Schutz von Bäumen interessiert. Ein Parteimitglied sei er nicht gewesen, heißt es aus der hessischen Grünenführung. Der Kontakt zu ihm sei abgebrochen.

Von Tobias Rathjen hätten sie nicht viel mitbekommen, erzählen die Nachbarn. Sie hatten den Eindruck, er sei nicht oft zu Hause gewesen. Wenn man ihm auf der Straße begegnet sei, habe er oft schnell wieder weggeschaut, allenfalls ein kurzes »Hallo« von sich gegeben.

Nach seinem Studium war Rathjen von 2008 bis 2011 beim Finanzdienstleister MLP in Trier beschäftigt. Gekündigt habe man ihm, weil er als Berater, der 200 Kunden zu bedienen hätte, nicht getaugt habe, heißt es aus dem Umfeld des

Unternehmens. Anschließend fand der Betriebswirt offenbar einen Job als Kundenberater bei Check 24 in München. Im Stadtteil Obermenzing bewohnte er ein möbliertes Zimmer zur Untermiete.

Kollegen von früher sagen, Rathjen sei ein »Arbeitstier« gewesen. Er habe bis zu zwölf Stunden am Tag geschuftet. Einmal sei er in den Zwangsurlaub geschickt worden, »um runterzukommen«. Rathjen sei »unglaublich ehrgeizig« und ein Wettkampftyp gewesen, der selbst die Tischtennismatches im Büro ernst genommen habe. »Die Zahlen stimmten, nur im kollegialen Bereich ging nicht viel«, berichten sie. Rathjen habe kein Interesse an anderen gezeigt, seine sozialen Kompetenzen hätten »bei null« gelegen.

Aus seinen Ansichten machte Rathjen im Job offenbar keinen Hehl: Einmal habe er gesagt, die Nationalmannschaft bestehe nur aus Ausländern und sei nicht seine Mannschaft, so der Ex-Kollege. »Die AfD war ihm nicht radikal genug.«

In München spielte Rathjen Fußball und war von 2014 bis Ende vergangenen Jahres auch Mitglied der »Königlich Privilegierten Hauptschützengesellschaft München 1406«, eines der exklusivsten Schützenvereine der Stadt.

Die Hürden für eine Aufnahme sind dort hoch. Wer Mitglied werden will, muss ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen und von zwei Bürgen, die dem Verein schon länger angehören, empfohlen werden. Der Präsident und 1. Schützenmeister Helmut Fischer kann sich nicht erinnern, jemals mit dem Attentäter von Hanau zu tun gehabt zu haben. Er sei ein Einzelgänger gewesen, »keiner aus dem Verein kann sich an eine persönliche Begegnung erinnern«, sagt Fischer.

Aus seinen Unterlagen geht hervor, dass Rathjen regelmäßig mit Kleinkaliberpistolen trainiert hat, die »nicht zur Gattung der Waffen gehören, mit denen in Hanau das Blutbad angerichtet wurde«. Fischer ist es wichtig, das zu betonen. »Wir sind zutiefst erschüttert und traurig.«

Bereits während seines Studiums war Rathjen überzeugt, dass er von einem Geheimdienst überwacht werde. Das zumindest geht aus dem 24-seitigen Pamphlet hervor, das er vor der Tat auf seiner Homepage veröffentlicht hat.

Demnach sei er 2002 zur Polizei gegangen, um Anzeige wegen illegaler Überwachung zu erstatten. Das sei ihm aber nicht gelungen. 2004 habe er noch einmal Anzeige bei einer anderen Polizeidienststelle erstatten wollen, wieder sei er abgewiesen worden. Im November vergangenen Jahres schließlich schrieb Rathjen dann eine 19 Seiten lange Strafanzeige an den Generalbundesanwalt in Karlsruhe, also an jene Behörde, die wegen seiner rassistischen Morde nun ermittelt. Seine Anzeige richtete sich gegen eine »unbekannte geheimdienstliche Organisation«.

In dieser Anzeige sind etliche Textbausteine enthalten, die in seinem Pamphlet auftauchen. Er schwadroniert über eine Strategie der USA, im Irak und in Afghanistan und erklärt, er habe noch nie eine Freundin gehabt. »Wenn ich mal kurz vergesse, dass ich bis zum heutigen Tag niemals eine Privat- oder Intimsphäre hatte«, schreibt Rathjen, »gibt es etliche Ereignisse, die Weltgeschichte geschrieben haben, die auf meinen Willen zurückzuführen sind, und ich könnte mich deshalb gut fühlen.«

Rechtsradikale Bürgerwehr Foto: STEFAN BONESS / IPON

In seinem Pamphlet offenbart Rathjen ganz unverblümt seine rassistischen Ansichten. Er listet mehr als zwei Dutzend Länder auf, deren »Völker komplett vernichtet werden müssen«, von Algerien über die Türkei und Israel bis Afghanistan. Schon als junger Mann habe er die Meinung entwickelt, dass das »schlechte Verhalten bestimmter Volksgruppen« ein Problem sei, schreibt Rathjen.

»Diese Menschen sind äußerlich instinktiv abzulehnen und haben sich zudem in ihrer Historie nicht als leistungsfähig erwiesen«, heißt es in dem Papier. »Umgekehrt lernte ich mein eigenes Volk kennen, als ein Land, aus dem das Beste und Schönste entsteht und herauswächst, was diese Welt zu bieten hat.« Die Deutschen hätten »die Menschheit als Ganzes emporgehoben«. Zugleich sprach er davon, dass sich Geheimdienste in die Gedanken anderer Menschen »einzuklinken« vermögen und »eine Art Fernsteuerung« vornehmen. Ähnlich verwirrte Thesen trug Rathjen auch in vier Videos vor, die er auf YouTube und seiner Website postete. In einem der Clips steht er mit Strickmütze und Jack-Wolfskin-Jacke auf einer Wiese, im Hintergrund sind Hügel und Wälder zu sehen. Er spricht frei, ruhig und gelassen, sein Blick weicht nicht von der Kamera. Er wisse, dass es verrückt klinge, aber manche Menschen könnten »Dinge sehen, die man eigentlich gar nicht sehen dürfte«. Er meint wohl sich selbst.

Rathjens Gedankenwelt speist sich aus Verschwörungsforen im Netz, er habe dort Informationen gefunden, »mit Wissen, das uns vorsätzlich vorenthalten wird«. Vor allem in rechten US-Foren dürfte sich Rathjen aufgehalten haben, darauf zumindest lassen sein Vokabular und sein Weltbild schließen.

So kursiert unter dem Kürzel »D.u.m.bs« im Netz seit Längerem eine Verschwörungstheorie, wonach die US-Armee

unterirdische Städte baue, die alle mit einem Tunnelsystem verbunden seien. Rathjen erwähnt angebliche heimliche Militärbasen in den USA. Seine Behauptung, dort würden Kinder missbraucht, gefoltert und in großer Zahl ermordet, erinnern an »Pizzagate«, jene Falschnachricht, wonach ein elitärer satanischer Zirkel im Hinterzimmer einer Washingtoner Pizzeria Kinder vergewaltige. Im Dezember 2016 kam ein Mann aus North Carolina mit Gewehr und Revolver bewaffnet in das Lokal und schoss einmal, »um die Sache aufzuklären«. Zu Schaden kam niemand.

In der Folge griff eine Bewegung namens QAnon die Theorie auf und spann sie fort. Deren Anhänger glauben, dass Donald Trump gegen einen mächtigen »tiefen Staat« kämpft, dessen Vertreter einen Kinderhändlerring betreiben. Die irren Ideen diffundieren aus abgeschiedenen Netzforen zunehmend in die reale Welt. Auf Trumps Wahlkampfveranstaltungen tragen immer wieder Besucher QAnon-Shirts.

»Der Täter von Hanau argumentiert klar rassistisch, dazu finden sich esoterische Elemente und Fragmente der QAnon-Bewegung«, sagt Miro Dittrich von der Amadeu Antonio Stiftung, der sich dort um rechtsextreme Onlinephänomene kümmert. »Diese Vorstellung eines geheimen satanischen Netzwerkes, das die Welt beherrscht, teilte der Täter.«

Rathjen greift auch Motive der »Incel«-Subkultur auf. Hier tauschen sich Männer aus, die unfreiwillig ohne Sex leben, weil sie keine Frauen finden. Ihrem Hass auf alles Weibliche lassen sie dabei freien Lauf.

Der Attentäter von Halle, Stephan Balliet, der am 9. Oktober vergangenen Jahres beim vergeblichen Versuch, die Synagoge zu stürmen, zwei Menschen tötete, stand solchem Gedankengut ebenfalls nahe. Er sah seine Chancen, eine Frau zu finden, vor allem deshalb als gering an, weil so viele Männer als Migranten nach Deutschland gekommen seien. Es ist ein klassisches Argument der Ultrarechten.

Unklar ist, ob sich Tobias Rathjen direkt auf andere Attentäter bezog. Es gibt aber Parallelen zu Anders Breivik, der 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya 77 Menschen tötete. Wie bei Breivik dürfte es sich bei Rathjen um eine narzisstische Persönlichkeit gehandelt haben, die es als ihre Mission ansah, einen Teil der Welt auszulöschen, um das Ganze zu retten.

Bei beiden handelt es sich um den Typus des einsamen Wolfes, der den Entschluss zur Tat allein fasst und diese dann umfassend vorbereitet, mitsamt einer »PR-Strategie«. Tobias Rathjen hat seine Selbsterklärungen als PDF-Dateien auf der eigenen Website hinterlegt. Er versah sie ordentlich mit einem Impressum und einer Kurzbiografie. Die Adresse seiner Website wurde in der Nähe eines Tatorts mit schwarzer Farbe an eine Hauswand gesprüht.

Bundespräsident Steinmeier, Ehefrau in Hanau: Mehr Trauer als Wut Foto: KAI PFAFFENBACH / REUTERS

Seine Schriften richtete er »an das gesamte deutsche Volk«, sein englischsprachiges Video an die US-Bürger. Er wollte offenkundig ein möglichst großes Publikum erreichen. Und wie viele seiner Vorgänger sendete er Appelle an mögliche Nachahmer. »Wacht auf und kämpft jetzt«, heißt es in einem der Videos.

Im extrem rechten Milieu stieß Rathjens Tat sogar auf gewisses Verständnis. »Dank Merkels Politik liegen bei etlichen Menschen im Lande die Nerven blank«, twitterte Daniel Rödding, ein AfD-Mitglied aus Berlin, der im Bundesfachausschuss Digitalisierung sitzt. »Dass da gelegentlich dann mal jemand richtig ausrastet, verwundert irgendwie nicht wirklich.« Röddings Parteiführung sprach dagegen zwar von einem »entsetzlichen Verbrechen«, einer »schrecklichen Tat« und von »schrecklichen Zuständen in unserem Land«. Ein rechtsextremistisches Motiv sah man aber nicht, sprach lieber von einem »Irren«, wie Parteichef Jörg Meuthen den Täter nannte.

Die Metapher des einsamen Wolfes taugt indes nur noch bedingt, um Täter wie Tobias Rathjen oder Stephan Balliet zu beschreiben. Im Netz und durch die geteilten Ideologien sind sie durchaus miteinander verbunden.

»Hanau ist Teil eines transnationalen Phänomens, das in den letzten Jahren stärker geworden ist, nicht nur in Deutschland, sondern global«, sagt der Terrorismusexperte Peter Neumann vom Londoner King's College. Der Killer von Hanau stehe »in einer Reihe mit El Paso, Christchurch, Halle. Es sind immer sozial isolierte Männer, die sich hauptsächlich im Internet radikalisieren und dann ihre Ideologien auf eigene Faust zusammenbasteln«. Im Fall von Rathjen bestehe diese Ideologie aus »einer unglaublichen Gemengelage von vor allem rechtsextremen Ideen, Verschwörungstheorien und Frauenhass«.

Die Frage, warum ein Mann, der solche Ideen und Wahnvorstellungen in sich trägt, legal Waffen besitzen konnte, wird die Politik und die zuständigen Behörden noch beschäftigen. Denn Rathjen besaß nicht irgendwelche Waffen: Neben einer Pistole des Typs Sig Sauer P226, Kaliber neun Millimeter, beschaffte er sich eine Walther PPQ M2, die auf militärische Spezialeinheiten zugeschnitten ist.

Möglich war ihm das, weil er als Sportschütze registriert war. Schon bevor er in München bei den Königlichen Schützen

mitmachte, hat Rathjen in Hanau beim Schützenverein »Diana Bergen-Enkheim« trainiert, mit einer Kleinkaliberpistole und einer Neun-Millimeter-Waffe. Der Vereinsvorsitzende Claus Schmidt sagt, Rathjen sei völlig unauffällig gewesen, niemals habe er sich rechtsradikal geäußert. Seit neun Jahren sei Rathjen Mitglied, im Sommer vergangenen Jahres habe er erzählt, er plane eine »Work and Travel«-Reise in die USA. Deshalb, sagt Schmidt, habe er sich nicht gewundert, dass Rathjen in den letzten Monaten nicht mehr aufgetaucht sei. »Das ist eine schlimme Tat, das tut uns allen in der Seele weh.«

Auch die Waffenbehörde im Main-Kinzig-Kreis hatte offenbar keine Zweifel an Rathjens charakterlicher Eignung. Erst im vergangenen August führte sie eine angemeldete Kontrolle bei ihm zu Hause durch. Dabei, so heißt es aus Behördenkreisen, sei nichts Auffälliges festgestellt worden.

Eine Erlaubnis zum Waffenbesitz setzt unter anderem voraus, dass der Betreffende »die erforderliche Zuverlässigkeit« und »persönliche Eignung« besitzt. Ungeeignet ist zum Beispiel, wer verfassungswidrige Bestrebungen verfolgt. Oder wer psychisch krank ist.

Die Behörden haben diese Voraussetzungen mindestens alle drei Jahre zu überprüfen, allerdings müssen sich nur Waffenbesitzer unter 25 Jahren eingehend auf ihre »geistige Eignung« untersuchen lassen, und auch nur bei großkalibrigen Waffen. Als Reaktion auf das tödliche Attentat auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke soll es künftig eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz durch die Waffenbehörde geben. Diese Novelle ist bereits verabschiedet worden und tritt zum September in Kraft.

Es gab schon mehrere Fälle, in denen Waffenbesitzer augenscheinlich im Wahn töteten: 2015 sah sich ein Amokschütze aus Mittelfranken auf einer Art Feldzug – befohlen von Angela Merkel. Im Glauben, es hätte einen Atomschlag gegeben und ihm stünden Werwölfe gegenüber, tötete der 48-Jährige zwei Menschen und bedrohte zwei

weitere. Im Januar erschoss in Rot am See ein 26-Jähriger sechs Angehörige und verletzte zwei weitere schwer.

Wahn und Ideologie, Verschwörungsdenken und Rassenhass sind kaum noch zu unterscheiden.

Neben den Männern, die eher allein agieren, gibt es die vernetzten Gruppen. Sie wollen die Bundesrepublik in ihrer jetzigen Form abschaffen. Sie wollen dies mit Gewalt, wenn sie es für notwendig erachten, mit tödlicher.

Nur fünf Tage vor der Bluttat von Hanau hob der Generalbundesanwalt eine mutmaßlich rechtsterroristische Bande aus. Die Männer hatten sich aus der halben Bundesrepublik zusammengefunden, von Mickhausen bei Augsburg über den Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt bis nach Hamm in Westfalen. Sie hatten sich über Facebook, Telegram und andere Chatgruppen aufgeputscht und gegen Muslime und linke »Zecken« gehetzt. Nach einigen persönlichen Treffen war offenbar der Plan entstanden, Muslime zu ermorden.

Staatsschützer konnten Gespräche aufschnappen, in denen von »zehn Männern« die Rede war, die in »zehn Bundesländern« angeblich Moscheen angreifen sollten. Alternativ kämen Zweimannkommandos an fünf Orten infrage.

Bemerkenswert ist, aus welch unterschiedlichen Milieus die Männer kommen. Unter den Beschuldigten sind Anhänger rechter Bürgerwehren, Verschwörungstheoretiker und sogenannte Reichsbürger. Aber auch Männer, die scheinbar unauffällig in bürgerlichen Verhältnissen leben: Einer ist etwa Inhaber einer Metallbaufirma im schwäbischen Kirchheim unter Teck. Sie alle eint der Hass auf Flüchtlinge, die Merkel-Regierung und die vermeintliche Islamisierung des Abendlands.

Der rechte Terror ist klassenübergreifend und kommt aus dem Inneren der Gesellschaft. Er lauert hinter Klinkerbauten, Flachdachbungalows und grau verputzten Einfamilienhäusern. Er kann sich offenbar selbst an Orten wie der »Hummelgautsche« im baden-württembergischen Alfdorf zusammenbrauen.

An der idyllischen Mühle mit Grillplatz sollen sich mehrere Mitglieder und Unterstützer der mutmaßlichen Terrorgruppe Ende September zum ersten Mal zusammengefunden haben. Werner S., 53, soll in der Gruppe das Wort geführt haben, ein Mann aus Bayern, der gern Hut trägt und in der Szene »Teutonico« genannt wird. Sein Verteidiger Felix Dimpfl sagt: »Es gab kein klar definiertes Anschlagsziel«, auch im Haftbefehl sei davon nicht die Rede.

Als rechte Hand von Werner S. gilt bei den Ermittlern Tony E., 39. Er lebte zuletzt mit Frau und zwei kleinen Kindern in einem Bungalow am Rande einer Gemeinde im niedersächsischen Landkreis Uelzen. Vor dem Haus steht eine Rutsche, neben dem Sandkasten liegt ein Spielzeugbagger.

In einem Telefonat, das die Ermittler überwachen konnten, soll er zum Anführer der mutmaßlichen Terrorzelle gesagt haben: Er sei bereit, sein »Leben liegen zu lassen«.

Kollegen sprechen von einem »Doppelleben«, das sie ihm nie zugetraut hätten. Tony E. arbeitete für einen Pflegedienst und brachte an Demenz erkrankte Patienten zum Arzt. Außerdem bewachte er auf 450-Euro-Basis das Logistikzentrum eines Lebensmittelgroßmarkts.

Ganz so unauffällig war Tony E. aber offensichtlich doch nicht. In einer WhatsApp-Gruppe seines Pflegedienstes teilte er im Jahr 2016 ein Foto: Es zeigt ihn als Teil eines »Freikorps Heimatschutz«, auch Werner S. ist auf dem Bild zu sehen. Im Internet schwadronierte die Truppe von »400 000 ungemeldeten Migranten«, die »plündernd und mordend durch unsere Heimat ziehen«.

»Es gibt etliche Ereignisse der Weltgeschichte, die auf meinen Willen zurückzuführen sind.«

Im Dezember des vergangenen Jahres, so sehen es die Ermittler, soll Werner S. versucht haben, über eine Chatgruppe kampfbereite Männer zu rekrutieren. 21 Sympathisanten fanden sich in einer geschlossenen Chatgruppe ein.

»Teutonico« schlug ein Treffen für den 8. Februar in Norddeutschland vor. Es gebe im neuen Jahr keine Ausreden mehr, »da wird gehandelt«, schrieb er. Zwölf Männer reisten an dem Wochenende nach Nordrhein-Westfalen, an den Stadtrand von Minden.

Der Gastgeber des konspirativen Treffens, Thomas N., 55, lebt in einem Haus mit grauer Fassade. Der Verschwörungstheoretiker und Anhänger der Reichsbürger-Ideologie galt selbst innerhalb der Truppe als knallhart. In seinem Haus hortete er neben Goldbarren und Münzen ein Arsenal an selbst gebauten Äxten, Morgensternen und Messern in allerlei Längen. Der Verteidiger des Mannes, Daniel Sprafke, zweifelt das der Gruppe »unterstellte Gewaltpotenzial« an: »Mein Mandant ist niemals als gewalttätiger Mennsch aufgefallen.«

Nach Erkenntnissen der Ermittler soll bei dem Treffen in Minden über Anschlagspläne gesprochen worden sein. Man solle in mehreren kleinen Orten Muslime beim Gebet angreifen.

Die Waffen sollten zwei Männer aus rechtsextremen Bürgerwehren beschaffen, die sich »Viking Security Germania« und »Wodans Erben« nennen und rockerähnliche Kutten und Shirts mit gekreuzten Äxten als Logo tragen. Bereits im Herbst hatte die Bundesregierung gewarnt, dass sich aus den Reihen dieser »Bürgerwehren«, deren Vorbild die Soldiers of Odin aus Finnland sind, Terror entwickeln könnte.

Bei den Razzien fanden die Ermittler selbst gebaute Handgranaten und eine großkalibrige Flinte, genannt »Slam-Gun«. Tests ergaben, dass Schüsse aus dieser Waffe bis zu sechs Zentimeter breite Löcher in menschliches Gewebe reißen. Der Attentäter von Halle benutzte ähnliches Schießgerät.

Heikel ist der berufliche Hintergrund von Thorsten W. Bis zu seiner Festnahme war der 50-Jährige als Verwaltungsmitarbeiter im Polizeipräsidium Hamm beschäftigt, zuletzt im Verkehrskommissariat. Er soll sich bereit erklärt haben, der rechtsextremen Truppe 5000 Euro zu geben, wenn nötig auch mehr.

W. hatte nicht immer einen harmlosen Schreibtischjob. Früher soll er bei der Hammer Polizei im Bereich »waffenrechtliche Erlaubnisse« gearbeitet haben. Offenbar war er also an Entscheidungen beteiligt, wer einen Waffenschein bekommt. Intern wird nun geprüft, ob es in dieser Zeit Unregelmäßigkeiten gegeben hat.

In seiner Freizeit kleidete sich der 50-Jährige im Look eines germanischen Kriegers, mit Schwert und runenverziertem Schild. Mit seiner Meinung habe er auch am Arbeitsplatz nie hinterm Berg gehalten, heißt es aus dem Kollegenkreis. Im Nachhinein attestieren die Behörden dem Polizeimitarbeiter, wie ein rechtsextremer Reichsbürger zu denken. Und sie stießen auf ein Profil in den sozialen Medien, das vor Hakenkreuzen und SS-Symbolen nur so wimmelt. Die Polizei in Hamm räumt inzwischen ein, »die einzelnen Mosaiksteine seines Agierens« nicht ausreichend geprüft zu haben.

Wenn der Druck auf Politiker steigt, die tödliche Gefahr von rechts zu bekämpfen, antworten sie darauf, wie sie meist antworten: mit einem Gesetzesvorhaben.

Der rechte Terror ist klassenübergreifend und kommt aus dem Innern der Gesellschaft.

Am Abend bevor die Fahnder gegen die Mitglieder der »Gruppe S.« zugriffen, besuchten zwei Minister die Schaltzentrale der deutschen Terrorabwehr in Berlin-Treptow. Hinter hohen Zäunen hörten sich Innenminister Horst Seehofer und Justizministerin Christine Lambrecht auf dem ehemaligen Kasernengelände die Sorgen von Verfassungsschützern und Polizisten des Bundeskriminalamts an. Der Vortrag ging bis 21 Uhr.

Zwar sei es den Behörden in den vergangenen Jahren mehrfach gelungen, Anschlagspläne von Rechtsextremisten und Islamisten zu vereiteln, berichteten die Fachleute – aber oft nur durch Zufälle oder Hinweise ausländischer Partnerdienste.

Die Botschaft, die bei Teilnehmern der Delegation von Union und SPD ankam: Verlasst euch nicht darauf, dass es immer glimpflich ausgeht. Und gebt den Behörden die Mittel, um im digitalen Zeitalter Terroristen stoppen zu können.

Bundesinnenminister Seehofer hat inzwischen einen Entwurf für ein neues Verfassungsschutzgesetz vorgelegt. Darin fordert der CSU-Mann mehr Befugnisse für den Inlandsgeheimdienst. Begründet wird dies nicht mehr nur, wie in der Vergangenheit, mit der Gefahr durch den Islamismus, sondern mit den rechtsterroristischen Anschlägen von Norwegen bis Halle. Um Täter früher entdecken zu können, müsse man auch Einzelpersonen ins Visier nehmen können, ohne dass bei ihnen schon Gewaltbereitschaft erkennbar sei. Vor allem benötige der Dienst neue digitale Werkzeuge, um in rechtsextreme Chatgruppen eindringen und verschlüsselte Nachrichten mitlesen zu können, den sogenannten Staatstrojaner.

Die SPD hatte sich lange gegen derart weitreichende Befugnisse für den Geheimdienst gesträubt. Unter dem Eindruck der tödlichen Gefahr von rechts schwinden die Bedenken nun.

Die Sicherheitsbehörden müssten auf dem Stand der Zeit sein, sagt Justizministerin Christine Lambrecht: »Terroristen telefonieren in der Regel nicht mehr übers Festnetz. Deshalb müssen wir offen darüber reden, ob weitere Befugnisse für den Verfassungsschutz erforderlich sind, um etwa Chatnachrichten mitlesen zu können, die Extremisten austauschen. In den vergangenen Jahren war es oft glücklichen Umständen zu verdanken, dass Anschlagspläne vereitelt wurden.«

Sowohl Bundesinnenminister Seehofer als auch Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang haben in den vergangenen Monaten in früher kaum denkbarer Deutlichkeit eingeräumt, dass Politik und Behörden den Kampf gegen den Rechtsextremismus verschlafen haben.

Jetzt steuern sie um. Hunderte zusätzliche Stellen wurden geschaffen. Doch bis die neuen Polizisten und Verfassungsschützer arbeitsfähig sind, wird es dauern. Es braucht dringend mehr Expertise darüber, wie sich Extremisten im 21. Jahrhundert radikalisieren, wie der Hass aus der Online-Welt in das reale Leben schwappt und aus Dateien Taten werden.

In welche digitalen Sphären die Sicherheitsbehörden vordringen müssen, schrieben das Bundeskriminalamt, der Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst bereits im Spätsommer 2019 in einem vertraulichen Bericht auf.

Demnach verschiebe sich die Radikalisierung immer stärker von Plattformen wie Facebook und Twitter auf für die Behörden schwerer zugängliche Kanäle wie Telegram, Steam oder Discord. In dem Papier warnten die Behörden vor sogenannten Imageboards wie 4chan und 8chan, auf denen Attentäter und Amokläufer sich selbst inszenieren – wo die deutschen Behörden aber kaum eingreifen können.

Am ehesten hätte wohl seinem Umfeld auffallen können, dass mit Tobias Rathjen etwas nicht

stimmt.

Wenige Wochen nach dieser Analyse versuchte Stephan Balliet, ein Mann, der tief in diese digitalen Parallelwelten abgetaucht war, in Halle eine Synagoge zu stürmen. Das Livevideo seiner Tat verlinkte er über eines der Imageboards.

»Angesichts durchaus frappierender Parallelen bei beinahe allen zurückliegenden Taten und der hohen Anzahl an entsprechenden Verfahren, die derzeit von der Bundesanwaltschaft geführt werden, ist offensichtlich, dass der Rechtsterrorismus in Deutschland im Jahr 2020 ein sehr ernst zu nehmendes Problem ist«, sagt der Innenexperte der grünen Bundestagsfraktion, Konstantin von Notz. »Der Weg, rechte Netzwerke und Strukturen sehr viel stärker als bislang in den Blick zu nehmen, muss mit aller notwendigen rechtsstaatlichen Entschlossenheit fortgesetzt werden.«

Das fordert auch Vizekanzler Olaf Scholz (SPD). »Da darf es keine falschen Vorbehalte geben«, so der SPD-Politiker. Der CSU-Abgeordnete Volker Ullrich fragt sich, »wie wir den Schutz für Menschen mit Migrationshintergrund weiter verstärken können«.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Bei einem Täter wie Tobias Rathjen aus Hanau helfen weder mehr Polizisten noch bessere Methoden, um den Tatwillen zu erkennen. Am ehesten hätte wohl seinem Umfeld auffallen können, dass mit Tobias Rathjen etwas nicht stimmt.

In Hanau herrscht am Donnerstagabend tiefe Trauer. Mehr als hundert Männer sind im Agri Solidaritäts- und Hilfsverein in Hanau zusammengekommen, um von Gökhan Gültekin Abschied zu nehmen. Der 36-Jährige arbeitete an dem Abend im Kiosk neben der Arena Bar, als der Täter den Laden stürmte. Ein Imam rezitiert Verse aus dem Koran, in den Pausen dazwischen unterhalten sich die Männer mit gedämpften Stimmen und trinken Schwarztee aus dickbauchigen Gläsern.

»Er hat es in seinem Leben nicht leicht gehabt«, erzählt einer von ihnen. Vor einigen Jahren sei Gökhan von einem Auto angefahren worden und habe lange Zeit im Koma gelegen. »Er hatte damals großes Glück, dass er überlebt hat. Und dann passiert so etwas Schreckliches.«

In einem Kiosk am Kanaltorplatz, keine Gehminute von einem der Tatorte entfernt, sitzt Kemal Kocak, dem auch der Kiosk neben der Arena Bar gehört, mit ein paar Männern.

Die Ereignisse der Nacht haben bei ihnen sichtbar Spuren hinterlassen: Erschöpfung, Fassungslosigkeit, Trauer. Mit »140, 160 Sachen« sei er zu seinem Kiosk am Kurt-Schumacher-Platz gerast, als er hörte, was passiert ist, erzählt Kocak. »Ich bin zuerst in die Arena Bar, aber als ich dort ankam, waren fast alle tot. Ein, zwei haben noch gelebt und wollten Hilfe, aber ich konnte nicht mehr helfen.«

Im hinteren Bereich des Kiosks sitzt Ömer Demir auf einem Barhocker. Die Unterarme hat er auf dem Stehtisch angelehnt, vor ihm steht eine leere Capri-Sonne. Er glaubt, die Regierung trage die Verantwortung für die Bluttat: »Warum überprüft niemand die Scharfschützenvereine, warum gibt es keine strengeren Regulierungen zum Waffenbesitz, wer zieht jetzt die Konsequenzen?«

Er weiß, dass in ebenjener Minute Innenminister Seehofer den Heumarkt besucht, keine hundert Meter von hier entfernt. S

Diskutieren Sie mit

Feedback

ANZEIGE

ANZEIGE

ANZEIGE

Ein Trick reicht aus, um im Krankenhaus
Pro Verbraucher

Wald statt Friedhof: Letzte Ruhe im Grünen
beerdigungskosten.org

Ettlingen: Unsichtbares Hörsystem, das
Hörgeräte Experten

Aktuell in diesem Ressort

Baerbock,

Diese schwachen Kandidaten haben wir nicht

Die Deutschen hadern mit dem zweitklassigen Personal fürs Kanzleramt – dabei sind die Bürger bereit für gewaltige Veränderungen.

Hausmitteilung

Schwarzenegger, Afrika, Titel

Wandelt sich das Klima sogar noch schneller, als es viele Wissenschaftler bislang vorhergesagt

Umstrittene Disziplinarkam

Polen lenkt in Streit über Justizreform teilweise ein

Der Umbau des polnischen Justizsystems hat für heftigen Streit mit der EU-Kommission

Aufarbeitung in Rheinland-Pfalz

CDU will offenbar Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe

Mehr lesen über

USA | Deutschland | Hamm | Bundesrepublik | M

Verwandte Artikel

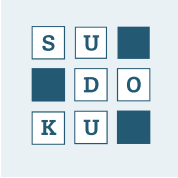
- S+ **Rechte Terrorgruppe plante Bürgerkrieg: "Kannst Du schon einen Preis sagen - 9mm Halbautomatik bzw. Walther P99"**

Spiele

mehr Spiele

uzworträt-sel

Solitaire



Sudoku

Mahjong

Bubb

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

ANZEIGE

IKEA Gutscheine

Amazon Gutscheine

Mister Spex Gutscheine

70€ Rabatt

Top Gutscheine Alle Shops

Auto

Job

Finanzen

Freizeit

Alle Magazine des SPIEGEL

DER SPIEGEL

SPIEGEL Bestseller

SPIEGEL GESCHICHTE

S-Ma

SPIEGEL Gruppe

Abo Shop manager magazin Harvard Business manager buchreport

Werbung Jobs MANUFAKTUR SPIEGEL Akademie SPIEGEL Ed

Impressum Datenschutz Nutzungsbedingungen Cookies & Tracking

Newsletter Kontakt Hilfe Text- & Nutzungsrechte

Facebook Twitter Wo Sie uns noch folgen können